

## GENEHMIGUNG FÜR VOITSBERG III

# Kraftwerk ohne Umweltprüfung

Zum Hochfahren des Kraftwerks Voitsberg III ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig, so ein Entscheid das Landes. Eine Katatrophe für die Umwelt in der Region.

Am 17. Dezember gab es für umweltbewusste VoitsbergerInnen eine Weihnachtsüberraschung der schlimmen Art: Die Behörde legte fest, dass für die Wiederinbetriebnahme des Voitsberger Kohlekraftwerks keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich sei. Obwohl im Vorfeld viele Menschen aus der Region in Briefen und E-Mails den verantwortlichen Politikern und Beamten ihre Besorgnisse und ihren Protest gegen ein Verfahren ohne UVP mitgeteilt haben.

## Arbeitsplätze gegen Umweltbelastung

Laut „Kleine Zeitung“ vom 27.11.2009 haben vor einigen Jahren 23.000 Weststeirer gegen die Schließung von Voitsberg III und des Braunkohlenbergbaues unterschrieben, da eine Region um „duzende Arbeitsplätze“ zitterte. Richtig ist, dass es damals um mehrere hundert Arbeitsplätze in Kraftwerk und Bergbau ging und um den Erhalt eines auf weststeirische Braunkohle ausgelegten Kraftwerkes.

Den jetzigen Bemühungen um eine Wieder-Inbetriebnahme stehen rund 50 Arbeitsplätze der zusätzlichen Umweltbelastung in der ohnehin schon jetzt als „belastetes Gebiet“ qualifizierten Region Voitsberg gegenüber. Aufgrund der zu erwartenden 7000 Einsatzstunden pro Jahr (vorher 3500 Betriebsstunden)

ergibt sich eine Verdoppelung der Schadstoffe, die wir dann schlucken müssen. Das ist ein zu hoher Preis auf Kosten von Gesundheit und Umwelt.

Das in Aussicht gestellte „Kompetenzzentrum“, mit dem samt Kraftwerkspersonal etwa 200 Arbeitsplätze versprochen wurden, ist ohnehin nur ein Luftschloss, von dem der eine oder andere Bezirks- oder Landespolitiker träumt. Vor allem die Möglichkeiten einer Speicherung von CO<sub>2</sub> sollen erforscht werden. Wohin mit dem Gas? Eventuell in alte Grubenbaue einlagern?

## Widerstand verstärken

Vor einigen Jahren wurde trotz Landtagsbeschluss und Unterschriften für die Erhal-

tung von Kraftwerk und Bergbau über den Willen der Bevölkerung drübergefahren. Nun wird versucht, die Wiederinbetriebnahme des Kraftwerkes mit zugekaufter Steinkohle aus aller Welt gegen die Lebensinteressen der Bevölkerung des Bezirkes Voitsberg ohne UVP durchzuziehen. Und gegen den mehrheitlichen Landtagsbeschluss (ÖVP, Grüne, KPÖ) und die einstimmigen Petitionen (auch der SPÖ-Mandatare) der Gemeinderäte von Köflach und Bärnbach.

In dieser Aufzählung fehlen die GemeinderätInnen von Voitsberg und einigen anderen Gemeinden. Freut man sich vielleicht schon auf die Jubelpräsentation an Seite der Projektbetreiber Kovats

und Hirschmann?

Umweltlandesrat Wegscheider (SPÖ) bedauert die Entscheidung, meint jedoch, Gesetz sei Gesetz und da könne man nichts machen. Die Frage ist: Wer macht die Gesetze für wen? Gesetze sind änderbar, wenn der politische Wille vorhanden ist. Damit Gesetze zu Gunsten der Menschen gestaltet werden, bedarf es eines erheblichen Druckes der Bevölkerung.

## Einspruch

Gegen den Landesentscheid wurde Einspruch erhoben, die Bundesbehörde wird allerdings ohne entsprechenden Druck nicht anders entscheiden. Ohne UVP keine Inbetriebnahme von Voitsberg III!

flickr danielweber, fliegertiger



Das Hochfahren des Kraftwerks Voitsberg III hätte enorme Schadstoffmengen zur Folge.

**KOSTENLOSE BERATUNG IN VOITSBERG**

In den letzten Jahren hat die KPÖ im Bezirk arge Mängel in der Berechnung der Sozialhilfe aufgezeigt. Diese wurden durch die Volksanwaltschaft bestätigt. Das Ergebnis unserer Bemühungen – vor allem die Information über Rechtsansprüche und die Kontrolle der Berechnungen – ist, dass Ansprüche auch in Voitsberg wieder entsprechend dem Landesgesetz erfüllt werden.

Dennoch gibt es eine kuriose Situation: Hilfesuchende aus dem Bezirk Voitsberg werden gemäß den gesetzlichen Bestimmungen informiert und erhalten die Sozialhilfe (zumindest die sogenannten „MUSS-Leistungen“) vollständig. Aber Bedürftige aus Leibnitz und Deutschlandsberg bekommen weiterhin nicht oder nicht vollständig jene Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz, auf die sie einen Rechtsanspruch haben.

Wir raten bei Ungerechtigkeiten und Misständen daher verstärkt zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft. Diese können formlos eingebracht werden: Wir informieren Sie gerne über die Details, entweder im Rahmen unserer Sprechstunden in Voitsberg am Di und Mi: 9–12 Uhr, Conrad von Hötzendorfstraße 29, 8570 Voitsberg (oberhalb der Tabaktrafik) oder unter Tel. (03142) 22 421 bzw. (0676) 68 67 165.

NEU: Ab 2010 werden wir einmal im Monat auch in Leibnitz und Deutschlandsberg Sprechstunden abhalten. Da bitten wir um telefonische Voranmeldung!

Mag. (FH)  
Phillip  
Reininger,  
KPÖ Voits-  
berg



15,9 MILLIONEN EURO „VERLOREN“

# Wirbel um die Verluste

Viel Wirbel um unseren Artikel zum Millionenverlust der Sparkasse Voitsberg. Sie musste 15,9 Mio. Euro an faulen Investitionen abschreiben.

Unser Artikel in der letzten Ausgabe der „Steirischen Volksstimme“ hat einige Gemüter erregt. Wir berichteten darüber, dass die Sparkasse Voitsberg 15,9 Millionen Euro an faulen Investitionen abschreiben musste und das Geld somit in den Sand gesetzt hat.

Bürgermeister Meixner stellte bei einem Telefonat mit dem Autor den Inhalt des Artikels in Frage. Wo denn die

Informationen her seien? Wie in dem beanstandeten Artikel zu lesen war: aus der Zeitung „Der Standard“, einer seriösen Zeitung also. Dieser Zeitung steht auch das Protokoll der Hauptversammlung zu Verfügung. Umso mehr werden die Informationen als korrekt zu werten sein.

**Polemik**

Zudem kam noch eine E-Mail von Herrn Vorstandsdirektor Mag. Michael Spitzer, in der er unseren Artikel als „reißerisch“ qualifiziert. Über Titel mag man geteilter Meinung sein, aber der Inhalt des Artikels war informativ und alles andere als reißerisch. Die darin enthaltene Polemik wird

man wohl vertragen können. Dass der Artikel „unsachliche Angriffe“ auf die Privatstiftung Sparkasse oder gar auf deren Mitarbeiter, die für alles ohnehin nichts können, enthielt, ist jedenfalls nicht erkennbar.

**Verdachtsmomente**

Die Bemerkungen im Standard-Artikel über Insiderverdacht, mögliche Ungerechtigkeiten bei der Prüfung und den Verdacht auf strafrechtlich relevante Vorgänge seien übergegangen. Die wichtige Funktion der Sparkassen für Privatkunden und Kunden aus Industrie und Gewerbe im kommunalen Bereich stellen wir ohnehin nicht in Frage.

Dass in Zeiten der Krise



**MITEINANDER STATT GEGENEINANDER KPÖ**

# der Sparkasse

„eigenmittelstärkende Maßnahmen“ fast aller Bankengruppen erforderlich waren, um nicht alles zusammenkrachen zu lassen, ist allgemein bekannt. Siehe nur die jetzt durchgeführte Verstaatlichung der Kärntner Hypo Alpe-Adria. 19 Milliarden Euro für den Bankensektor, wenige Millionen für die Menschen. Und die immer stärker in prekäre Situationen kommenden Menschen werden letztlich die Banken-Milliarden-Hilfe bezahlen. Wer sonst?

## Krise am Geldmarkt

Unser Artikel über die Sparkasse Voitsberg ist lediglich Ausdruck der allgemeinen Krise am Kapitalektor, der

an der Sparkasse naturgemäß nicht spurlos vorüber gehen kann. Überall in der Welt sind sogenannte „faule“ Kredite geplatzt, so auch in Voitsberg. Überall in der Welt sind spekulativ angelegte Gelder plötzlich wertlos geworden.

## Profitgier

Die Gier nach maximalen Profiten erzeugt nun einmal eine Blase, die letztlich platzen muss. Die privaten Verluste werden schlussendlich der Allgemeinheit aufgebürdet. Oder wie der so bewunderte Wirtschaftswissenschaftler Keynes in den 30er Jahren empfahl, wird die Rüstungsindustrie angekurbelt. Wohin das führte, wissen wir! *K. Pibernig*

## BLÖDES KLEINGELD

1- und 2-Cent-Münzen verursachen mehr Schwierigkeiten, als sie Nutzen bringen. „Das viele, kaum zu unterscheidende Kleingeld ist beim Einkaufen eine Belastung für uns ältere Menschen“, verrät uns ein nicht genannt werden wollender Pensionist aus Voitsberg.

Tatsächlich besteht ja unsere Marktwirtschaft aus „psychologischen Gründen“ darauf, alle Waren mit 2,99 Euro, 5,98 Euro etc. zu bepreisen. Das macht es eben billiger als der nächste volle Euro-Betrag erscheinen mag. Obwohl es ja kaum spürbar ist.

Für ältere Menschen, kurzfristige und nicht mehr so flexible Konsumenten ist das kein Spaß. Die Kramerei im Börserl sorgt für Missmut an den Kassen und für unnötiges Gewicht in der Hose.

## Sprechstunden

Bürozeiten Voitsberg:  
jeden Di und Mi:  
9 bis 12 Uhr



**KPÖ**

Sprechstunde mit  
KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-  
Weithaler und  
DSA Karin Gruber

**Di. 26. Jänner 2009,  
10 bis 12 Uhr**

KPÖ-Bezirksheim Voits-  
berg, Conrad-v.-Hötzen-  
dorfstraße 29, telefoni-  
sche Anmeldung erbeten  
unter:

Tel. 03142 / 22 421 oder  
Tel. 0316 / 877 51 01

## MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,  
KPÖ-Abgeordnete im Landtag



## Eine Stadt der Engel?

Zu Weihnachten erstrahlt Voitsberg seit Jahren wegen unzähliger Lichterketten und einer adventlichen Straßenbeleuchtung. Heuer hat sich die Stadtregierung eine zusätzliche Dekoration überlegt und Voitsberg kurzfristig zur „Stadt der Engel“ erklärt. Die aufgestellten Engel wurden von jungen KünstlerInnen gestaltet und sind wirklich gut gelungen.

So schön die Stadt dadurch auch glänzt, mit der Bezeichnung „Stadt der Engel“ habe ich wahrlich ein Problem.

In jede Sozialsprechstunde, welche die KPÖ in Voitsberg abhält, kommen mehr Menschen, weil sie Hilfe brauchen. Beratung einerseits, aber zunehmend auch finanzielle Unterstützung, denn sie können sich das Leben einfach

nicht mehr leisten.

Ist ein Engel nicht in erster Linie zum Schutz der Menschen da? Eine ganze Stadt davon müsste es wohl zu Wege bringen, dass es nicht so vielen Bewohnern und Bewohnerinnen schlecht geht, oder?

Mir wäre lieber, Voitsberg heißt auch im Advent wie immer und stattdessen haben die Menschen, die dort leben, das Gefühl, dass sich jemand um sie kümmert, wenn es ihnen nicht gut geht.

Das müssen dann ja gar keine Engel sein. PolitikerInnen, welche die VoitsbergerInnen gut vertreten und für sie da sind, würden schon reichen!

Claudia Klimt-Weithaler  
0316 / 877 5104  
[ltk-kpoe@stmk.gv.at](mailto:ltk-kpoe@stmk.gv.at)

## AK warnt: Hände weg vom Glücksspiel!

Die Arbeiterkammer warnt vor einem Gewinnspiel, das auch im Bezirk Voitsberg kursiert: Nichtsahnende Bürger werden mittels Brief (Urlaubsreisen Eva Grimmen, Salzburg) vom Gewinn eines größeren Geldbetrags (z.B. 5000 Euro) informiert, den man bei einer „wunderschönen Ausflugsfahrt“ zum botanischen Garten einlösen könne. Die Betreiber locken mit Freigetränken, Frühstück, „köstlichem“ Mittagessen

und natürlich einem schönen Preis. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich der „Gewinner“ als „nominiertes Rubbellosgewinner“.

Die AK: „In Wirklichkeit werden die Menschen in Busse verfrachtet und zu fragwürdigen Werbeveranstaltungen gekarrt, wo im Ausland abgezockt wird.“ Tatsächlich steht in einem Nebensatz, dass man die Neujahres-/Frühlingsausstellung der Betreiberfirma besuchen werde...

KOMMENTAR



## Das Demokratieverständnis des Voitsberger Bürgermeisters

Wir von der KPÖ Voitsberg bemühen uns als kleine Partei, bürgernah tätig zu sein, nicht zuletzt durch unsere regelmäßige Sozialberatung.

Unter „bürgernah“ verstehen wir aber auch, immer wieder Infostände vor Ort abzuhalten, um über die Anliegen der Bürger und Bürgerinnen besser Bescheid zu wissen, und um das persönliche Gespräch zu pflegen.

Damit scheinen Bürgermeister Meixner und Stadtamtsdirektor Thürschweller gar nicht glücklich zu sein: Nach ordnungsgemäßer Anmeldung mehrerer Infostände am Voitsberger Hauptplatz durch die KPÖ erreichte uns ein Schreiben der Stadt Voitsberg (siehe Anhang), das alle „Parteienwerbe- bzw. Informationsstände“ in Voitsberg bis zum 17.1.2010 untersagt.

Dabei würde es den „hohen Herren“ gut anstehen, sich selbst öfter „unters Volk“ zu begeben.

Die KPÖ Voitsberg lässt durch diese Vorgehensweise natürlich nicht davon abhalten, für die Anliegen und Interessen der Voitsberger Bevölkerung einzutreten.

Christian Masser,  
KPÖ Voitsberg

## SCHLUSS MIT DER ZOCKEREI

# Banken und Versicherungen in die öffentliche Hand!

Rettungspaket für Hypo Kärnten: Wieder muss die Bevölkerung büßen, was die Manager und Politik vergeigt haben.

ÖVP-Finanzminister Pröll erneuert mit Steuermilliarden jongliert, aber gleichzeitig vom Sparen redet: „Wieder müssen wir die Suppe auslöffeln, die uns der Spekulationswahnsinn eingebrockt hat.“

hat noch vor wenigen Wochen geäußert, dass das österreichische Bankensystem extrem gefährdet sei, weil es Verbindungen zu südeuropäischen Machthabern gibt.

### Dubios

Jetzt fliegt auf, dass die Pleite gegangene Kärntner Hypo Alpe-Adria anscheinend mit besonders dubiosen Personen und Politikern in Kroatien und Bosnien ganz dick im Geschäft war. Hier muss die Justiz einschreiten. Mitten drin in der Misere ist das BZÖ bzw. jetzt die Kärntner Freiheitlichen. Sie haben jahrelang in die Hypo hineinregiert und Kärnten an den Rand des Bankrotts geführt. Wer BZÖ/FPÖ/FPK wählt, unterstützt jene dubiosen Machenschaften, die nun von Polizei und Justiz untersucht werden.

### Fall für die Justiz

Die Hypo Kärnten wird mit hunderten Millionen Euro an Steuergeld gerettet; sie hat gut drei Milliarden Euro in den Sand gesetzt. Die arbeitenden Menschen unseres Landes sollen die Zeche für abenteuerliche Bankgeschäfte in Ost- und Südosteuropa und für den Bankrott der BZÖ-Politik in Kärnten zahlen. Manche Profiteure bleiben im Dunkeln. Das ist der Inhalt des Deals um die Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria.

Franz Stephan Parteder, Landesvorsitzender der steirischen KPÖ, ärgert sich, dass

„Seit über einem Jahr wird in Österreich und europaweit ein konkursreifer Bankenapparat mit Steuermitteln künstlich am Leben erhalten. Statt der jetzt vorgenommenen Herumdokerei an Symptomen wäre ein entschlossener Schritt notwendig: Die sofortige Ver gesellschaftung des gesamten Banken- und Versicherungssystems in Österreich unter demokratischer Kontrolle. Halbherzige Maßnahmen helfen nicht mehr weiter“, sagt der KPÖ-Politiker.

Finanzminister Josef Pröll



So spektakulär wie ihre Architektur ist die Pleite der Hypo Alpe-Adria. Sie bekam schon unglaubliche 1,3 Milliarden Euro vom Staat, wobei weitere Leichen im Keller erwartet werden.